

Bezugsgebühren...
Einzelhefte 10 Pf.
Quartalshefte 30 Pf.
Halbjahreshefte 60 Pf.
Jahreshefte 1,20 Mk.
Zusätzliche Gebühren für Porto...

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856
Druck und Verlag von Eiepsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co. Carola-Chocolade.
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Hauptredaktionsstelle:
Barientstraße 38/40.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 - 2096 - 3601.

RAUM KUNST
Wer sein Heim nach künstlerisch. Grundsätzen individuell ausstatten will, wende sich an die
Raumkunst
Dresden-A., Victoriastraße 5/7.
Einrichtungen für Schlösser, Villen, Sanatorien, Hotels, Mietwohnungen etc. — Brautausstattungen v. 2500 M. an.

Eier-Lebertran
Schwächliche Kinder
Salomonis-Apotheke, Neumarkt 8.

Bon Jour mit Goldmündstück 3 1/2
Kriegsschule do. 4
Luftschiffer do. 5
Kronprinz Wilhelm 6 1/2
Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7
Grand Prix Weltausstellung 1904

Rönisch Pianos

Grösste Auswahl von guten Miet-Instrumenten.
Gebrauchte Instrumente werden in Zahlung genommen.
Eigenes Magazin: Waisenhausstrasse 24.

Kauf - Tausch - Miete.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Wärmer, meist wolfig. Der sächsische Landtag erledigte gestern Eisenbahnsachen.

Im Gerichtssaale unternahm gestern nach seiner Verurteilung durch das Dresdner Landgericht der Gehilfs-Gebillte Walter Scheel einen Selbstmordversuch.

Bei der Reichstags-Ergebniswahl in Eisenach wurde der Sozialdemokrat Leber gewählt.

In den großen Städten Elsas-Lothringens und anderen Orten fanden am Sonntag Wahlrechtsdemonstrationen statt.

Weshalb kam es in Wien beim Zeichenbegangnis des Schwagers des Oberleutnants Hofrichter zu großen Störungen für Hofrichter?

Die Voruntersuchung in dem Monierprozess gegen die neapolitanische Camorra ist beendigt worden. Der Prozess wird ein Jahr dauern.

Die Seine ist in Paris bis jetzt 66 Zentimeter gefallen, die Lage bessert sich.

Im neuen englischen Parlament werden sich Konservative und Liberale die Waage halten; bis gestern ergab sich eine Regierungsmehrheit von gegen 400 000 Wählerstimmen.

Der Sturm im Reichstag.

Der Reichstag war am Sonnabend der Schauplatz wilder Sturmjahren, wie sie in der Geschichte unseres Parlaments immerhin nicht allzu häufig vorgekommen sind. Die Würde des Reichstages, so heißt es in den demokratischen und sozialdemokratischen Parlamentsberichten, ist von dem Abgeordneten von Oldenburg-Jannschau in unerhöhter Weise verletzt worden. Staatsstreich, Verfassungsverstoß, Hochverrat, so klingen es in wilden Rufensdurchschallungen, man meint wirklich, das Reich in Gefahr zu sehen, und mitten aus dem Toben der Parteien ertönt das Hohnrufen und Stöngelgeschrei der Ständigen im Singer. Schon schwingt der „Vorwärts“ triumphierend die blutrote Fahne, und heute will die Berliner Sozialdemokratie den Sturm auf beginnen gegen das verhasste Preussentum, ihren Todfeind. Warum das Geschrei? Weil der konservative Heißsporn von Oldenburg, gereizt durch die gehässigen Angriffe der Abgeordneten Sachse und Müller-Reinigen, in einer seiner temperamentvollen Reden als Beispiel höchster Disziplin den Satz aufstellte: „Der König von Preußen muß jede Minute imstande sein, jedem Reimant zu sagen: Nehmen Sie zehn Mann und schlagen Sie den Reichstag.“

Es ist gar nicht zu leugnen, daß diese Worte, aus dem Zusammenhang herausgerissen, geradezu verblüffend wirken. Wenn man aber die Rede von Oldenburgs ausführlich liest, die in ihrer kernigen, vielleicht allzu kernigen Weise direkt erstickend wirkt als das Bekenntnis eines preussischen Offiziers, dann wird man auch die kürzliche Heiterkeit verstehen, die im Reichstage diesen Worten zunächst folgte. Herrn von Oldenburgs Ausführungen galten in erster Linie der Stellung unseres Offizierskorps zur Politik. Mit aller Schärfe verfocht er den Satz, der unbedingt auch von allen einsichtigen Liberalen verteidigt werden wird: Der Offizier hat sich um Politik nicht zu kümmern, er kennt nur seinen dem König geleisteten Treueid. An diesem Satze soll und darf nicht gerüttelt werden, sonst gehen wir zuhause entzogen, die, wie in Griechenland, zum völligen Chaos führen. Diesen Satz freigelegt der etwas hehlblütige Redner im Laufe seiner Ausführungen, schwer gereizt durch Zwischenrufe der Linken, bis zu der oben erwähnten Behauptung, die, wie Herr von Oldenburg selber betonte, nur das extreme Beispiel militärischer Disziplin sein sollte. So hat der Reichstag auch die Worte zunächst aufgefacht, denn es ist doch nicht denkbar, daß die Vertreter des deutschen Volkes eine Auforderung zum Verfassungsverstoß mit stürmischer Heiterkeit beantwortet hätten. Da dämmerte in den Säulen der Sozialdemokratie die Erkenntnis, daß hier eine herrliche Gelegenheit sei, gegen die verhassten Konservativen und den ebenso verhassten Vizepräsidenten Erbprinzen von Hohenzollern mobil zu machen. Au der Erregung der Sturmheeren sind die Herren Ledebour und Jubel nicht Meister gewesen, und so hallte der Reichstag bald wider von Entrüstungsrufen und Kampfgeschrei. Ein Ordnungsruf, den der Abgeordnete Ledebour erteilt, gab den Sozialdemokraten erwünschte Gelegenheit, Protest zu erheben und eine Präsidentenkrise zu provozieren.

Es liegt kein Grund vor, aus den Worten des Herrn von Oldenburg etwas anderes herauslesen zu müssen, als den von ihm selber ausdrücklich betonten Sinn und Inhalt. Auch seine schärfsten Gegner werden zugeben müssen, daß er seinen Standpunkt klar und ehrlich vertreten hat. Daher ist auch der Vorwurf der „Auseinandersetzung“, den ausgeprochen der Abgeordnete Singer ihm machte, sehr wenig angebracht. Das alles ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Worte des Herrn von Oldenburg sehr zu bedauern sind. Der Vertreter einer großen nationalen Partei, deren stolze Traditionen sie in erster Linie zum Schutz der konstitutionellen Monarchie berufen hat, muß so viel Herr seiner selbst sein, daß er sich nicht in der Hitze des Gefechts zu Äußerungen hinreißen läßt, die seinen Gegnern und denen seiner Partei Wunden in die Hand geben. Herr von Oldenburg, der schneidige preussische Reiteroffizier, sollte niemals vergessen, daß er in seiner Stellung als deutscher Reichstagsabgeordneter ebenfalls als Offizier, als Führer des Volkes vor dem Feinde steht, daß er sich und seiner guten Sache keine Blöße geben darf, auf die seine Feinde ihre Waffen richten können. Es lag in der Tat keine Veranlassung vor, mit einer derartigen Äußerung den Teufel an die Wand zu malen, und gerade ein Vertreter der konservativen Partei sollte in der Wahl seiner Worte sehr, sehr vorsichtig sein. Mag Herr von Oldenburg noch so feierlich betonen, daß der Sinn seiner Ausführungen entziffert worden ist, seine Gegner werden immer wie am Sonnabend im Reichstag mit Hochgeflücht antworten, und im Wahlkampf werden diese Sätze von allen Gegnern der Konservativen bis zum Heberdruß mißbraucht werden. Darum wäre es auch angebracht gewesen, wenn die Herren von Bieberlein und Kreis, die ihren Fraktionskollegen in wirksamer Weise verteidigten, im Namen ihrer Partei die bindende Erklärung abgegeben hätten, daß die Konservativen durch und durch auf dem Boden der Reichsverfassung stehen und für einen Gewaltstreich nie und nimmer zu haben wären. Es ist ja geradezu absurd, den Konservativen absolutistische Reigungen unterzuschreiben. Aber ebenso sicher wie diese Tatsache ist es, daß man im Lande mit Herrn von Oldenburgs Äußerungen frechen gehen wird. Wohl möglich, daß den Konservativen der Gedanke gar nicht gekommen ist, man könnte aus den Ausführungen ihres Fraktionskollegen derartige Folgerungen ziehen, so daß sie noch ihrer Meinung gar keine Veranlassung hatten zu einer solchen Erklärung. Die Szenen im Reichstag werden ihnen aber gezeigt haben, mit welchen Mitteln man auf gegnerischer Seite arbeitet. Möchten sie doch auch Herrn von Oldenburg eine Lehre sein, künftighin in der Wahl seiner Worte und Vergleiche etwas diplomatischer zu verfahren.

Gerichte also wirklich im Reichstag die Meinung vor, in Herrn von Oldenburgs Worten läge eine Beleidigung des deutschen Reichsparlamentes — eine Meinung, die, wie betont, anfangs niemand teilte —, dann hätte die kurze Erklärung des Abgeordneten Bassermann genügt, in der er sein Bedauern über die gefallenen Worte aussprach. Ebenso hätte die Erklärung des Erbprinzen von Hohenzollern genügen können, daß er aus den Ausführungen von Oldenburg nicht das herausgehört hätte, was die Linke annahm. Andernfalls würde er diese Worte auf das schärfste gerügt haben. Damit gab sich die Linke aber nicht aufzufrieden, und es ist eine Kampfweise, für die uns jede Charakterisierung abgeht, wenn der Abgeordnete Müller-Reinigen noch das partikulärpolitische Moment in die Kampfesstimung hineintragt, indem er Herrn v. Oldenburg unfreundliche Gesinnung gegen Bayern vorwarf. Die bindende Erklärung des bayerischen Bundesratsabwalmächtigen von Gebfattel, daß er eine Beleidigung der bayerischen Armee in den Worten Oldenburgs nicht finden könnte, machte dieser Gehässigkeit allerdings ein schnelles Ende. Immerhin ist diese Tatsache bezeichnend für die Art und Weise der Linken, mißliebige Gegner zur Stred zu bringen. Noch bezeichnender ist es, daß die bürgerliche Linke sich bei dieser Gelegenheit von der Sozialdemokratie als Sturmbod gegen den Vizepräsidenten benutzen ließ. Es entbehrt schon an und für sich nicht einer gewissen Komik, die Sozialdemokraten als Wächter und Hüter der Verfassung zu sehen. Diese internationale Umstürzpartei, die je eher je lieber die bestehende Verfassung umstoßen möchte, um ihr Zukunftsideal zu verwirklichen, die sich nicht einen Augenblick besinnen würde, falls sie die Macht dazu hätte, die Reichsverfassung und Gesellschaftsordnung in Strömen von Blut zu ertränken, geriert sich als die Hüterin der Rechte des Reichstages. Wie oft, wie unzählige

Male hat die Sozialdemokratie die Würde und das Ansehen des Reichstages und des Reiches mit Schmutz beworfen, und heute gefallen sich Herr Ledebour und Genossen in der Rolle als Hüter des guten Tones und des Prestiges des Reichstages. Schon dieser Umstand hätte die Vertreter der bürgerlichen Parteien arglos machen sollen. Statt dessen hat es den Anschein, als wollte die Linke im Grunde mit den Sozialdemokraten die Gelegenheiten benutzen, den Erbprinzen von Hohenzollern vom Präsidentenstuhle zu drängen. Damit würden die Genossen allerdings einen Sieg erringen haben, der allen national denkenden Männern die Augen öffnen sollte. Was kümmert die Sozialdemokratie die Würde des Reichstages! Das Pathos sittlicher Entziffung aus solchem Munde klingt wie Ironie. Hier ist alles nur Mittel zum Zweck, und die bürgerliche Linke ist feindlich getrennt dem Reichs- und Staatsfeinden. Das ist ein sehr betrübender Anblick. Wie verkauft, wollen weder die Nationalliberalen, noch das Zentrum die Sozialdemokraten in ihrem Vorgehen gegen den Vizepräsidenten unterstützen. Bewahrt sich diese Nachricht, so würden die sozialistischen und demokratischen Angriffe allerdings fruchtlos bleiben.

Der heutige Tag im Reichstag, in dem über den Protest Ledebours gegen den ihm zuteil gewordenen Ordnungsruf abgeurteilt wird, wird also eine Macht- und Kraftprobe der Sozialdemokratie zeigen. Das werden alle national denkenden Parteien sich vergegenwärtigen müssen, wenn der Erbprinzen von Hohenzollern von einer Vertrauensfundgebung sein Bleiben auf dem Vizepräsidentenposten abhängig machen sollte. Diese Erkenntnis herrscht auch erfreulicherweise in weiten nationalliberalen Kreisen. Die Worte des Herrn von Oldenburg sind ohne Frage sehr zu bedauern, nicht weil in ihnen eine Aufforderung zum Verfassungsverstoß enthalten wäre, — bei ruhiger Ueberlegung werden sich dies die einsichtigen Liberalen selber sagen müssen, — nein, weil sie geeignet sind, den Frieden unter den nationalen Parteien zu stören. Aus den unüberlegten Worten eines temperamentvollen Mannes aber eine Haupt- und Staatsaktion zu machen, das ist nicht loyal, und diese Kampfweise sollte man im nationalen Paare doch ruhiger der Sozialdemokratie überlassen.

Neueste Drahtmeldungen

vom 31. Januar.
Deutscher Reichstag.
Berlin. (Priv.-Tel.) Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung der **kolonialen Nachtragsgesetz**. Abg. Erberger (Zentr.): Wir werden auch in der dritten Lesung für den Nachtragsgesetz stimmen, aber mit einem Vorbehalt, der sich gegen den Vertrag mit der Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika richtet. Außerordentlich interessant ist, daß auf Grund der Erklärung des Staatssekretärs, er werde den Vertrag nicht abschließen, die Aktien der Gesellschaft an einem Tag an der Berliner Börse um 100 Prozent gefallen sind. Die ganzen Verträge mit der Gesellschaft sind offenbar sehr unklar abgefaßt. Wir glauben jedenfalls, daß ein Verlangen und Eigentumsrecht für die Kolonialgesellschaft seit dem Vertrage vom 17. Februar 1908 nicht mehr besteht. — Abg. Arning (natl.): Auch mir ist die Auffassung, daß die Kolonialgesellschaft das Bergbaurecht noch besitze, ganz überaus gekommen. Ich habe den Vertrag vom Februar 1908 nicht anders aufgefacht, als daß die Gesellschaft jenes Recht vorbehaltlos abtritt. — Abg. Arendt (Reichsp.) erklärt ebenfalls, dem Abg. Erberger zustimmen zu müssen. Der Reichstag von 1908 habe klares Recht geschaffen. Die ganze Entwicklung in Südwest schwebt ganz in der Luft, wenn die Kolonialgesellschaft jetzt auf einmal diesen Vertrag nicht wolle gelten lassen, weil er ihr nicht genug Vorteile schaffe. Der Reichstag müsse unbedingt an dem Vertrag von 1908 festhalten und dürfe sich nicht blaffen lassen. (Beifall.) Der Kolonialsekretär müsse den Standpunkt des Reiches mit der Energie, die wir an ihm kennen, wahren. — Staatssekretär Derburg: Ich erkläre nur kurz, daß ich mich in meinem Standpunkt in keiner Weise von den eben gehörten Ausführungen entferne. (Beifall.) Unsere Juristen sind auch durchaus derselben Ansicht und die Regierung wird auch im Bundesrat an diesem Standpunkte festhalten. — Abg. Wörde (natl.): Wir sind mit dem Staatssekretär auch der Meinung, daß die Sache ganz in Ordnung ist und wir werden deshalb auch den Nachtragsgesetz annehmen. — Abg. v. Rüdiger (natl.) zieht die Zeitungartikel, die sich über die Tragweite des Vertrages vom Februar 1908 in entgegengelegtem Sinne, im Sinne der Kolonialgesellschaft, äußert haben, lediglich als Schach- und Winterbäume an, als Verleumdungen einer Presse. Auch keine Freunde stimmten der Aufassung der anderen Redner und des Staatssekretärs bei und würden demgemäß dem Nachtragsgesetz zustimmen. Abg. Erberger (Zentr.) ist dem Kritikerschreiber in der „Köln. Ztg.“ dafür dankbar, daß er den Artikel noch vor

COGNAC MEUKOW
Mit 30 Jahren Erfahrung in der Lebensmittel- und in anderen Industriezweigen.